

# Zivilklausel Schlüsselwerkzeug gegen die Militarisierung der Hochschulen

## I. Verstöße gegen Zivilklauseln

Es braucht nicht viel Phantasie, um zu begreifen, dass die reale Wirksamkeit der existierenden Zivilklauseln ein entscheidendes Argument für die Weiterverbreitung oder Nichtweiterverbreitung ist. Deswegen ist dies eine Kernfrage der Arbeitstagung.

Zu den 5 frühen Zivilklauseln haben sich seit der Urabstimmung in Karlsruhe im Januar 2009 ca. 15 weitere hinzugesellt. Das ist für sich genommen eine eindrucksvolle Bilanz der 6 Jahre alt gewordenen Zivilklausel-Bewegung.

In meinem Beitrag in Neue Rheinische Zeitung über „Zivilklausel-Verstöße: Was tun?“ vor einem Vierteljahr [1] sind die Zivilklausel-Unis Bremen, Rostock, Tübingen und Kassel etwas genauer beleuchtet worden. Dabei können folgende allgemein gültigen Beobachtungen festgehalten werden:

- Jede Hochschule hat ihre eigene Geschichte, insbesondere die antimilitaristischen Erfahrungen der WissenschaftlerInnen und der Studierendenvertretungen betreffend. In dem von ständigem Wechsel geprägten Studierenden-Bereich genügt manchmal das Ausscheiden eines einzigen Durchblickers, um das ganze Gremium nachhaltig zu schwächen
- Seit langer Zeit ist die Vertuschung von militärrelevanter Forschung eingetübte Praxis der Uni-Leitungen. Zu den Problemen der Aufdeckung wird auf Kapitel II verwiesen,.
- Die Unis als Teil der Gesellschaft sind den vorherrschenden politischen Trends unterworfen. Hier spiegeln sich Aufbruch wie zu Beginn der 1970er Jahre und schleichender Niedergang wie in diesen Zeiten wider. Die Antimilitaristen haben es heute objektiv schwerer. Die Zivilcourage des Einzelnen ist schon immer wichtig gewesen. Sie ist heute umso bedeutungsvoller, wenn sich ganze Gremien dem kriegspolitischen Mainstream anpassen.

Die Uni Bremen hat eine der ältesten Zivilklauseln. Die Rüstungshochburg Bremen hat für Verstöße gesorgt, die von den Rektoren absichtsvoll vertuscht wurden. Der Vorstoß des für die Bundeswehr tätigen Weltraumunternehmens OHB Systems, die Zivilklausel zu streichen als Gegenleistung für eine Stiftungsprofessur, ist zwar gescheitert, aber nicht sein Hauptanliegen. Es ist OHB gelungen, die Uni trotz bekräftigter Zivilklausel für seine Rüstung einzuspannen mit der Berufung der EADS-erfahrenen Claus Braxmaier auf eben jene Stiftungsprofessur.

Warum ist es still geworden gegen diesen faktischen Zivilklausel-Verstoß? Ich sehe neben dem zuvor genannten dritten Punkt ein fachliches Detail. Um das OHG-Satelliten-Projekt und dessen Anforderungen an die Forschung zu verstehen, braucht es friedensbewegte NaturwissenschaftlerInnen. Diese sind heutzutage eine ausgesprochene Rarität.

## II. Fachliche Expertise und Dual-Use

Hier sei ein sehnsüchtiger Blick zurück in die Geschichte gestattet. In der Auseinandersetzung um die Stationierung von US-Atomraketen Anfang der 1980er Jahre gab es viele friedensbewegte NaturwissenschaftlerInnen, denen eine bedeutende Rolle im Widerstand gegen die Atomkriegspläne zukam. Sie konnten der Öffentlichkeit die reale Gefahr darstellen, die sich zum Beispiel aus den kurzen Flugzeiten ergibt. Allein damit konnte die destabilisierende, atomkriegsfördernde



Bundeswehr Bild 102-11307  
Foto: 6. Aug. 1981

Wirkung auf die gegenüber stehenden Atommächte begründet werden. Diese Expertise hatte zu dem grandiosen Erfolg 1983 beigetragen und sich später organisatorisch in der Gründung NaturwissenschaftlerInnen-Friedensinitiative gebildet.

Es ist bisher meines Wissens noch nicht untersucht worden, warum in diesen Jahrzehnten der Anteil an friedensbewegten NaturwissenschaftlerInnen so stark zurück gegangen ist und was dagegen getan werden kann. Denn immerhin läuft ein Gutteil der Kriegsforschung auf einer ingenieur- und naturwissenschaftlichen Basis.

Die Offenlegung der Pentagon-Finanzierung an 22 Hochschulen liegt ein Jahr zurück. Das ist für sich genommen ein Skandal. An vielen Stellen gab es jedoch keine adäquate Antwort auf die offizielle Abwiegelungstechnik. Es habe sich ausschließlich um „reine Grundlagenforschung“ gehandelt, die von Natur aus Dual-Use sei, also für zivile oder militärische Zwecke verwendbar. Deswegen könne mit einer Zivilklausel oder einer Zivilklausel-Forderung nicht die gesamte Grundlagenforschung gestrichen werden, egal von wem finanziert.

Zur Veranschaulichung nur zwei Reaktionen aus Karlsruhe und Marburg.

Am KIT wurde vor einem Jahr in einer PM der Initiative gegen Militärforschung der Informatik-Hintergrund von pentagon-finanzierter Kriegsforschung aufgedeckt [2]. Ob diese Forschung ggf. in anderen Zusammenhängen fortgeführt wird, ist ungeklärt.

An der Uni Marburg war die biologische Grundlagenforschung über das „Nächtliche Orientierung von Wüstenheuschrecken“ betroffen [3]. Gegen die heftige Ablehnung des verantwortlichen Bio-Profes gelang einigen Durchblickern der Nachweis, dass diese Forschung in den USA für die Verbesserung der Kampfdrohnen-Steuerung eingesetzt wird. Die Forderung nach einer Zivilklausel wurde jetzt auch vom Stadtrat unterstützt. Die Uni-Präsidentin musste sich von der Forschung distanzieren. Es wurde eine Senats-Kommission zur Erarbeitung einer „intentionleitenden Klausel“ eingesetzt. Im Juli votierten in einer studentischen Urabstimmung 80 Prozent für die Zivilklausel, wobei das Quorum von 25 % Abstimmenden nicht erreicht wurde. Im Dezember stimmte der Senat für „Grundsätze zum verantwortungsvollen Umgang mit Forschungsfreiheit und Forschungsrisiken“. Unklar, ob es sich um eine Alibi-Klausel oder um einen Schritt in Richtung Zivilklausel handelt.

In der Tagung „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“ im Mai an der Uni Potsdam hatte ich die Frage „Was tun?“ mit oder ohne Zivilklausel so [4] zusammen gefasst:

- Rüstungs- und Kriegsforschung an den Hochschulen in jeder Form und Verpackung aufreißen, öffentlich skandalisieren, zurückdrängen und verhindern.
- Dafür sind Zivilklauseln mit Transparenzklauseln ein überzeugendes Mittel der Hochschulgemeinschaft im Interesse des Gemeinwohls und des Friedens und der Freiheit.
- Selbstbestimmung und Qualität erfordern die öffentliche Vollfinanzierung der alma mater.
- Der Charme der Zivilklausel für eine Wissenschaft der Aufklärung, der Humanisierung der Lebensverhältnisse und der weltweiten Solidarität muss noch konkreter entwickelt werden.
- Unten vor Ort in den Hochschulgruppen und ASten sollten mit dem sympathischen Umfeld reale mess- und vermittelbare Fortschritte gegen Militärisches erkämpft werden.
- Nichts ist überzeugender als ein selbst erstrittener Erfolg. Das ist aufgrund der Kriegspolitik des „Trio infernale“ nicht leichter geworden. Auch früher war das nicht „leichter“.
- Das Verständnis der politischen Entwicklungen ist wichtig. Es bleibt aber nutzlos, wenn nicht persönlich der Versuch einer solidarischen Umsetzung der Erkenntnisse gemacht wird.

### **III. Kriegspolitik und Geschichte**

Ja, das Verständnis der politischen Entwicklungen ist wichtig. Wir erleben eine durchgehend von Oben gesteuerte Kriegspolitik, die sich massiv in der NATO-Erweiterung in die Ukraine äußert und in zahlreichen von außen befeuerten Bürgerkriegen wie in Syrien. Die wachsende Zahl an Flüchtlingen hängen mit Waffenexporten und allen Varianten von Interventionspolitik zusammen. Die Flüchtlingspolitik hingegen wird immer restriktiver. Es werden neue Feindbilder aufgebaut. Nichts gelernt aus der Geschichte der beiden Weltkriege und der deutschen Verursacher.

2015 ist das 70. Jahr nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. Man möge sich daran erinnern, was damals der gesellschaftliche Konsens war: „Von deutschem Boden soll nie wieder ein Krieg ausgehen.“ Das grausame Gegenteil prasselt in Wort und Tat auf die BürgerInnen und auf die Hochschulen ein.

Es ist bestimmt nachvollziehbar, wenn ich mir erlaube, ein besonders abstoßendes Beispiel aus Karlsruhe anzuführen. Mitte 2014 wurde über eine anti-atom-webseite bekannt, dass am KIT an einer neuen Atomreaktor-Kühlung gearbeitet wird, die sich wegen ihrer Geräuschlosigkeit besonders für Atom-U-Boote eignet und bei Militärmächten bereits auf Interesse gestoßen ist.

Das ist nicht nur abscheuliche Kriegsforschung, gegen den Atomausstieg gerichtet, sondern auch ein eklatanter Verstoß gegen die Bestimmung im KIT-Gesetz: "Zur Wahrnehmung der Großforschungsaufgabe betreibt das KIT im Interesse der Allgemeinheit Forschung und Entwicklung zu friedlichen Zwecken vorwiegend auf dem Gebiet der Technik und ihrer Grundlagen." Es folgte die übliche Vertuschung. Hier zum Schreien plump: Diese Forschung diene der Reaktor-Stilllegung.

Im Oktober griff die Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen auf Initiative der atompolitischen Sprecherin MdB Sylvia Kotting-Uhl die Sache auf und brachte eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung unter dem Titel „Zivil-militärische Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie“ ein. Die Antwort der Bundesregierung ist unglaublich nichtssagend. Die GRÜNEN haben zugesagt, nicht locker zulassen. Der AStA steht voll dahinter und verlangt Aufklärung.

Von der von den USA herüber schwappenden Kriegspolitik sind schlimme Auswirkungen auch für die Hochschulen zu erwarten. Anfang Dezember hat das Repräsentanten-Haus eine auf Lügen aufgebaute Resolution beschlossen, die von amerikanischen und kanadischen Kritikern [6] als „Kriegserklärung“ gegen Russland und Weltkrieg III Szenario für einen Atomkrieg aufgefasst wird. Diese Warnungen werden von der Presse unterdrückt. In Erinnerung an 1983 ist es hohe Zeit, dass die Friedensbewegung die neue Atomkriegsgefahr begreift und handelt.

## IX. Analyse und Dokumentation

Nochmal zur Frage, wie und wo die Zivilklausel-Lage systematisch analysiert und dokumentiert wird. Das ist eine wesentliche Grundlage für das gemeinschaftliche Lernen, jedoch ein problematisches Kapitel, das nicht schön geredet werden sollte. Es gibt drei Web-Auftritte: zivilklausel.org (seit Jahren still gelegt), zivilklausel.de (seit einem halben Jahr faktisch still) und die Web-Dokumentation [7] der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, die fast täglich auf den neuesten Stand gebracht wird und ein Fundus an Wissen über die Zivilklausel-Bewegung geworden ist. Eine simple Tabelle zur Fortschreibung mit allen Hochschulaktivitäten seit 2009, relevanten Gremienbeschlüssen und Ansprechpartner gibt es bis heute nicht. Die WebDoku ist eine gute Grundlage. Diese Kurzdarstellung möge zum Nachdenken anregen.

## V. Credo

Nach allem Gesagten habe ich im Jahr 70 nach der Befreiung ein Credo. Mögen sich in unserem Land mehr • kreative statt nacheifernde • tiefeschürfende statt oberflächliche • selbstbewusste statt angepasste und • solidarische statt eigensüchtige Menschen - Wissenschaftler und Studierende - entwickeln, die für Freiheit, Frieden und Demokratie, für weltweite Gerechtigkeit und Verständigung, gegen Ausbeutung, Umweltzerstörung und Krieg aufstehen. Einer davon ist im Eingangsbild dargestellt.

URL dieser Handreichung <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20150112cc.pdf>

Quellen:

- [1] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20882>  
<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141013.pdf>
- [2] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=19968>
- [3] <http://www.op-marburg.de/Lokales/Marburg/Politiker-geisseln-Drohnen-Forschung-in-Marburg>
- [4] <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20140517.pdf>
- [5] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21053>
- [6] <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=21149>
- [7] <http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>